

tet Østergård diese und stellt – korrekt – fest, daß für die dänische Arbeiterbewegung »die marxistische Theorie eine bedeutende Tradition war« (S. 22), die seiner Einschätzung nach »eine der Komponenten in der Gestaltung einer konsequenten reformistischen Taktik und Strategie« war (S. 24).

Dies wird in dem Referat von *Søren Federspiel* (Die dänische Arbeiterbewegung und der Internationalismus 1870–1900, S. 28–35) exemplifiziert. Federspiel faßt hier die Ergebnisse seiner eigenen und anderer Untersuchungen zusammen und betont den aktiven Internationalismus der dänischen Partei vor allem in der ersten Periode (1871–1878), in der die Partei auch im internationalen Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Der Internationalismus hatte aber auch später in seiner institutionalisierten Form eine wichtige Bedeutung. Am Schluß stellt Federspiel einige zentrale Fragen, deren Beantwortung noch offensteht.

Die beiden folgenden Referate von *Martin Grass* (Die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie 1914–1917, S. 36–44) und *Agnes Blänsdorf* (Die Stockholmer Konferenz vom Sommer 1917, S. 45–51) sind eine Art Kurzfassungen größerer Arbeiten der Verfasser, die auf Deutsch vorliegen.

Während Federspiel in seinem Beitrag die Schleswig-Frage mit einbezog, steht dieses Problem im Mittelpunkt der Beiträge von *Dorrit Andersen* (Die dänische Arbeiterbewegung und die Schleswig-Frage in den Jahren 1900–1924, S. 52–60), *Jörn-Peter Leppien* (Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, S. 61–69), *Ernst Beier* (Die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft im Nationalitätenkampf, S. 70–77), *Karl-Friedrich Nonnenbroich* (Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945–1954, S. 78–91) und *Gerhard Beier* (Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, S. 92–103). Diese Beiträge sind in der Aufarbeitung historischer Fakten, die für die dänische Arbeiterbewegung zeitweise eine nicht unwesentliche Rolle spielten, für die deutsche aber immer nur am Rande lagen, gute Einführungen. In der Interpretation dieser Fakten sind nicht alle gleich gut. Sie sollten aber nicht nur unter dem Faktenaspekt gelesen werden, sondern auch bei der Beurteilung der Frage des Verhältnisses von Klassenkampf und nationaler Frage herangezogen werden, wobei besonders Gerhard Beiers Beitrag beachtet werden sollte.

Das abschließende Referat von *Bernt Aroid Schiller / Martin Peterson* (The Scandinavian and International Labour Movement after 1945, S. 104–113) diskutiert einige zentrale Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas im Zusammenhang mit der Entwicklung der skandinavischen Parteien und Gewerkschaften. Das kann auf dem gegebenen Raum nur sehr kursorisch sein. Gerd Callesen

Jakov Goldstein, *Mifleget Poalei Erez Israel. Gormim Lehakamata* (Die Partei der Mapai. Gründe für ihr Entstehen), Tel-Aviv 1975, 190 S.

Ein sehr wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterparteien in Palästina ist das hier zu besprechende Buch von Jakov Goldstein, das die bereits im Archiv für Sozialgeschichte¹ rezensierten Abhandlungen von Josef Gorni und Jehonatan Schapiro über die »Achdut Haavoda« (Vereinigung der Arbeit) ergänzt, die von 1919 bis 1930 als selbständige Partei existierte und sich 1930 mit einer anderen Partei, dem Hapoel Hazair (Der junge Arbeiter), zur Mapai (Mifleget Poalei Erez Israel, d. h. Die Partei der Arbeiter Palästinas) vereinigte. Die Mapai wurde sehr bald zum zentralen Faktor im politischen Spektrum des Zionismus und vor allem innerhalb der jüdischen Gemeinde Palästinas. Goldsteins Buch behandelt primär die Ursachen und Zusammenhänge für diese Vereinigung zweier Par-

¹ Siehe Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 581–585.

teien, die in Anschauungen, politischer Orientierung und Haltung in wesentlichen Fragen voneinander abwichen.

Der Zeitraum, den er behandelt, sind die Jahre 1919–1930. In diesen Jahren hatte der zionistische Kongreß größere Bedeutung als in späteren Jahren. Palästina war dem Mandatsträger Großbritannien unterstellt. Die jüdische Gemeinde – sie zählte 1931 nur 175 000 Menschen – war klein und zu schwach, um gegenüber der Diaspora ein Machtzentrum zu bilden und für ihre eigenen Bedürfnisse, Siedlungsprojekte etc. selbst zu sorgen. Sie war auf Gedeih und Verderb auf die Gelder, die der zionistische Kongreß und sein Fond, Keren Hajessod, verteilte, angewiesen. Diese Aufteilung erfolgte u. a. nach parteipolitischen Kriterien, und das war einer der Gründe, warum die Haltung der Arbeiterparteien innerhalb des Kongresses für sie von essentieller Bedeutung war. Die Mehrheit im zionistischen Kongreß stellten – bis etwa 1935 – die bürgerlichen Parteien. Präsident war jedoch der parteilose Chaim Weizmann (1920–1931 und dann 1935–1946)².

Während die Partei des Hapoel Hazair, die 1906 in Palästina gegründet wurde, keine ideologischen Bedenken gegenüber einer Mitarbeit im zionistischen Kongreß hatte und bis 1927 auch in der Exekutive saß, lehnte die Achdut Haavoda, vor allem aber ihre »Schwesterpartei« in der Diaspora, die Poalei Zion (Die Arbeiter Zions), die eine sehr linke Position bezog, eine echte Beteiligung am Kongreß prinzipiell ab. Dies erschien der Achdut Haavoda als eine Art »Kooperation mit der jüdischen Bourgeoisie«. Die Achdut Haavoda war zwar an den Kongressen mit beteiligt, stand jedoch in scharfer Opposition zur Exekutive und vor allem zu Weizmann, während der Hapoel Hazair sich als »kongreßtragende Partei« verstand.

Die Achdut Haavoda ging davon aus, daß Palästina primär durch die Arbeiterschaft aufgebaut werde. Sie lehnte also den »Mittelstandscharakter« des jüdischen Volkes in der Diaspora aus prinzipiellen Gründen ab. Sie träumte von einem sozialistischen, ja fast auf kommunistischer Grundlage, auf der Basis der Kooperativen, aufgebauten Palästina. Neue Impulse in dieser Richtung brachten zudem die Einwanderer der dritten Alijah (1919–1923), Pioniere, die infolge des Bürgerkrieges Rußland verließen, jedoch mit recht »linken Vorstellungen« nach Palästina kamen. Sie organisierten sich in Arbeitsbataillonen und in Kommunen und drängten die neu gegründete Gewerkschaft Histadrut (1919) in eine bewußt klassenkämpferische Position.

Zu scharfen innenpolitischen Spannungen kam es, als die Welle der vierten Alijah einsetzte. Goldstein streift zwar dieses Problem, geht allerdings nicht tiefer und detaillierter auf die Struktur und soziale Zusammensetzung der »vierten Einwanderung« ein. Er beschränkt sich statt dessen auf die Reaktion der Arbeiterparteien auf diese. Die Einwanderer der vierten Alijah waren verarmte Angehörige des jüdischen Mittelstandes, die in Polen infolge der diskriminierenden Erlasse des Wirtschaftsministers Grabski ihre Positionen in der Wirtschaft eingebüßt und daher Polen verlassen hatten. Da die Tore Amerikas seit 1924 verschlossen waren, gingen die meisten »Grabski-Einwanderer«, wie sie oft in etwas abfälliger Form genannt wurden, 1925–1928 nach Palästina. Sie brachten kleine, viel zu kleine, wie sich herausstellte, »Anfangskapitalien« mit und hofften in Palästina dieselben Berufe ausüben zu können wie in Polen³. Das Ziel der Arbeiterparteien – Hinwendung zur

2 Ein sehr interessantes Buch, das thematisch nicht direkt mit dem hier besprochenen Buch in Beziehung steht, ist die neue Untersuchung von *Josef Gorni*, *Schutafut umaavak*. Chaim Weizmann Utnuat Hapoalim Beerez Israel (Partnerschaft und Konflikt. Chaim Weizmann und die Arbeiterparteien in Erez Israel), Tel-Aviv 1976. Dieses Buch befaßt sich primär mit den Beziehungen zwischen Ben Gurion und Weizmann, die oft getrübt und manchmal eher persönlich als sachlich motiviert waren, und dies – wie Gorni aufzeigt – vor allem bezüglich des Verhaltens Ben Gurions. Gorni scheut sich nicht – trotz Anerkennung –, auch die unangenehmen Züge in der Persönlichkeit Ben Gurions aufzuzeigen.

3 Siehe über die vierte Alijah: *Alex Bein*, *Return to the Soil. A History of Jewish Settlement in Palestine*, Jerusalem 1952, S. 330–423.

produktiven Arbeit und zur Landwirtschaft – lehnten die neuen Einwanderer ab und entwickelten Haßgefühle gegenüber der Gewerkschaft, den Kibbuzim und Genossenschaften, die ihnen als »kommunistische Zellen« und als »Gefahr für die Privatinitiative« erschienen⁴.

Die Arbeiterparteien haben die vierte Alijah bzw. ihre gesellschaftlichen Vorstellungen abgelehnt, nicht so sehr wegen ihres »kapitalistischen« oder »unternehmerischen« Charakters, vielmehr sahen sie – wie Berl Kaznelsohn es formulierte – in dieser Einwanderung kein »echtes kapitalistisches Element«, wohl aber verarmte Menschen mit »kapitalistischer Mentalität« und einem starken Gefühl der Zugehörigkeit zum Mittelstand. Auch Arlosoroff, der Führer des Hapoel Hazair, ein Mann, der dem »Klassenkampfgedanken« sehr distanziert gegenüberstand, sah in der vierten Alijah kein schöpferisches kapitalistisches Element, sondern entwurzelte Menschen, die mit der kleinen Habe, die sie mitbrachten, hofften, »eine Hanse von Krämern im Nahen Osten« zu gründen. Arlosoroff bemängelte, daß die neuen Einwanderer in der Regel jeglicher produktiven Arbeit, auch auf Privatbasis wie etwa in der Dorfbewegung, aus dem Wege gingen und sich in den Städten konzentrierten, wo es ohnehin kaum Arbeit für alle gab⁵.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die neue innenpolitische Situation, die infolge der vierten Alijah geschaffen wurde, die beiden Parteien Achdut Haavoda und Hapoel Hazair einander näherbrachte, dies um so mehr, nachdem 1925 der bekannte zionistische Politiker V. Jabotinski (1880–1940) die Revisionistische Partei gegründet hatte. Jabotinski, der bis 1923 selbst Mitglied der zionistischen Exekutive war und als Initiator der jüdischen Legion während des ersten Weltkrieges Hochachtung genoß, entwickelte zusehends die Neigung, gegen die Arbeiterparteien sowohl in der Diaspora als auch in Palästina zu agieren. Er idealisierte in einer sehr emotionsbetonten Weise den jüdischen Mittelstand und forderte die Revision (daher auch der Name der Partei) der zionistischen Politik gegenüber England, aber auch, was die »Innenpolitik« betraf, Eliminierung des Einflusses der Gewerkschaft in Palästina, Reduzierung der Unterstützung seitens des Kongresses für die Kibbuzim und die bewußte Förderung des »jüdischen Mittelstandes«. Die Revisionisten vermochten – das zeigten auch ihre Wahlerfolge für die Institutionen in Palästina – die Enttäuschung der Einwanderer der vierten Alijah zu artikulieren und diese für sich zu gewinnen. Ebenso traten sie entschlossen, ja fast aggressiv gegenüber der jüdischen sozialdemokratischen Partei innerhalb der Diaspora auf, was zur Polarisierung beitrug.

Eine der wesentlichen Thesen von Goldstein ist, daß der Druck der Rechtspartei die beiden Arbeiterparteien einander näherbrachte. Die innerparteiliche Situation war allerdings verworrener. Obwohl die Partei der Achdut Haavoda sehr »links« stand und folglich als Gegenpol zum Revisionismus verstanden wurde, kam es – dies ist vielleicht die Merkwürdigkeit der zionistischen Geschichte – oft zu einem heimlichen gefühlsbetonten Einvernehmen zwischen Achdut Haavoda und den Revisionisten. Beide Parteien waren sehr nationalbewußt und verstanden sich als »Aktivisten«. Sie betonten die Notwendigkeit, eine jüdische Selbstwehr zu schaffen. Ihr Unterschied in diesem Punkt bezog sich auf die Wege, die man einschlagen sollte. So hielt es die Achdut Haavoda unter den damaligen Umständen für realistisch, den Aufbau der halblegalen paramilitärischen Organisation

4 Die vierte Alijah hat in der Tat ein schlechtes Image in der zionistischen Geschichtsschreibung, primär als die Einwanderer des Kleinhandels und der »Soda-Verkäufer«. Das Verdienst der Dissertation von *David Giladi*, *Hajischuv bitkofat haalija hariviit. Bechina politit upolitit* (Die jüdische Gemeinde zur Zeit der vierten Einwanderung. Eine Untersuchung mit sozialem und politischem Aspekt), Tel-Aviv 1973, besteht u. a. darin, gezeigt zu haben, daß diese Einwanderung viele produktive Elemente, vor allem Handwerker, mit sich brachte. Man kann sie kaum pauschal beurteilen.

5 Siehe *Chaim Arlosoroff*, *Leben und Werk. Ausgewählte Schriften*, Berlin 1936, vor allem »Zur Struktur der vierten Alija« und »Konsequenzen«, S. 125–153.

Hagana zu forcieren, während Jabotinski überzeugt war, daß es möglich sein werde, von den Briten die Wiederaufstellung der jüdischen Legion zu »ertrotzen«, wenn man dies nur ultimativ verlange. Auch die Haltung in der Frage der »Erweiterung« der Jewish Agency wirkte sich letztlich auf die Beziehungen der Achdut Haavoda zum Hapoel Hazair nachhaltig aus. Dieser Punkt bedarf, vor allem für die deutschen Leser, einer gewissen Erläuterung des Hintergrundes.

Entsprechend den Bestimmungen des Palästina-Mandates von 1922 sollte in Palästina neben Großbritannien, das praktisch Herrscher im Lande war, auch eine »Jewish Agency« gegründet werden, die quasi als »Nebenregierung« mit beschränkter Kompetenz fungieren und die jüdische Gemeinde gegenüber der Mandatsregierung repräsentieren sollte. Zunächst wurde die zionistische Bewegung als »Jewish Agency« anerkannt. Weizmann war allerdings bestrebt, die »Agency« insofern zu »erweitern«, als ihr auch »nicht-zionistische« jüdische Organisationen beitreten können sollten. Er versprach sich davon vor allem mehr Engagement der jüdischen Kreise in Amerika, aber auch in Deutschland, in Angelegenheiten Palästinas.

Es ist interessant, daß von Anfang an fast ein »Bündnis« zwischen den Revisionisten und der Partei der Achdut Haavoda in der Ablehnung der Pläne Weizmanns bestand. Die Erweiterung, so argumentierten auch Jabotinski und Tabenkin, der links stehende Führer der Kibbuzbewegung innerhalb der Achdut Haavoda, werde zur Etablierung des »Schilton gewirim«, zur Herrschaft der Notabeln, der reichen Juden Amerikas und Deutschlands, über die jüdische Gemeinde Palästinas führen, ohne daß sie überhaupt zionistisch seien. Tabenkin sah in jenen Jahren in den Revisionisten eine echte »anti-oligarchische« Volksbewegung, mit der man unter gegebenen Umständen sogar koalieren könne. Dies ist insofern erwähnenswert, weil es letztlich Tabenkin war, der in den 30er Jahren innerhalb der vereinigten Mapai einen dezidierten antirevisionistischen Kurs einschlug. Tabenkin vertrat am konsequentesten die Meinung, daß Jabotinski und seine Bewegung das Prädikat des »jüdischen Faschismus« durchaus verdienten und folglich bis aufs Messer bekämpft werden sollten. Nach der Wirtschaftskrise in Palästina 1927 änderte allerdings die Achdut Haavoda ihre Meinung, und die Auffassung setzte sich durch, daß die Erweiterung der Jewish Agency, die 1929 vollzogen wurde, letztlich dem Aufbau des Landes dienlich sein könne. Dabei näherte die Achdut Haavoda sich dem Hapoel Hazair an, der von Anfang an dafür war, und geriet in Gegensatz zu den Revisionisten, die konsequent gegen Weizmann waren und die Erweiterung der Agency als nationalen Verrat brandmarkten.

Goldstein erwähnt und erörtert eine Reihe von Grundsatzfragen, die ursprünglich die Achdut Haavoda vom Hapoel Hazair trennten, und kommt zu der Schlußfolgerung, daß nach dem Vollzug der Vereinigung beider Parteien die Achdut Haavoda praktisch die Positionen des Hapoel Hazair übernahm. Diese Schlußfolgerung ist zu vereinfachend, denn der Geist der Achdut Haavoda, vor allem auf dem Sicherheitssektor und der politische Aktivismus, setzte sich in der vereinigten Mapai durch. Ebenso blieben weiterhin gesellschaftliche Vorstellungen der Achdut Haavoda vor allem in der Kibbuzbewegung und auch in der Mapai bestimmend. Goldstein hat allerdings Recht, wenn er betont, daß die Mapai – ganz im Sinne des Hapoel Hazair – auf das Prinzip des »Klassenkampfes« verzichtete. Dies war in der Tat für die Schwesterpartei der Achdut Haavoda in der Diaspora, die »Poalei Zion« (die Achdut Haavoda als solche existierte nur in Palästina), von wesentlicher Bedeutung, nicht zuletzt, weil in dieser Partei der Einfluß der Austromarxisten stark war. Die Poalei Zion zeigte in der Tat ein inneres Widerstreben, sich mit einer so betont »anti-klassenkämpferischen Partei«, wie es der Hapoel Hazair nun einmal war, zu vereinen. Ganz harmonisch ging die Vereinigung, wie Spaltungen späterer Jahre beweisen, doch nicht vor sich. Der Verzicht auf das Prinzip des Klassenkampfes war charakteristisch für den Weg, den die neue Partei, die Mapai, von nun an beschritt. Von einer Partei der Avantgarde, von einer Partei, die utopische Ideen und eine verschwommene Zielset-

zung besaß, wurde sie zu einer pragmatisch orientierten Partei, die über eine Massenbasis verfügte und für viele Volksschichten wählbar war.

Goldsteins Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der zionistischen Geschichte in den zwanziger Jahren. Er führt dem interessierten Leser vor Augen, inwiefern Prozesse, die damals stattfanden, nachhaltig bis auf den heutigen Tag nachwirken. Nachum Orland

Andrée Andrieux / Jean Lignon avec la collaboration de François Mille, *Le Militant syndicaliste d'aujourd'hui. Ouvriers, cadres, techniciens, qu'est-ce qui les fait agir? Rapport d'une enquête menée avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique. Préface de Pierre Naville (= Collection Grand Format Méditations), Editions Denoël / Gonthier, Paris 1973, 327 S., kart., 23 fF.*

Wenn auch teilweise schon vor dem Mai 1968 entstanden, trägt diese industriesoziologische Untersuchung deutlich die Spuren der Erfahrungen dieses Monats. Denn sie richtet sich weniger gegen die in den Maieignissen nachhaltig erschütterte Annahme, die Arbeiterklasse werde zunehmend in bestehende Wertstrukturen integriert, sondern setzt sich mit der von P. Belleville und S. Mallet schon seit Beginn der 1960er Jahre vertretenen Auffassung auseinander, es bilde sich in den hochtechnisierten Sektoren der Industrie eine »neue Arbeiterklasse« heraus, die für die Zukunft der Arbeitskämpfe, für das »postindustrielle« Zeitalter (A. Touraine), zentrale Bedeutung erhalten werde. Aber die Verfasser beschränken ihre Analyse nicht auf die Techniker und Ingenieure, die Belleville und Mallet behandeln, sondern beziehen auch die sog. traditionellen Arbeiter ein. Schwerpunktmäßig gehen sie auf das Verhältnis zwischen der technischen Intelligenz und den Industriearbeitern und auf die Möglichkeiten der Gewerkschaften ein, durch organisatorische Formen und Parolen unterschiedliche Motivationen, Erfahrungen und Zielsetzungen anzusprechen, zu bündeln und in eine systemverändernde Perspektive einzubringen. Mit dieser Fragestellung stehen sie gleichsam zwischen den Herolden einer »integrierten« und den Verteidigern einer »neuen« Arbeiterklasse.

Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine breite Materialbasis, die die Verfasser aus Interviews gewonnen haben, die sie mit 275 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg (1963–1970) geführt und aufgezeichnet haben. Damit kommen zu den Vorteilen der Intensivinterviews über standardisierte Umfragen die der längeren Beobachtung über Momentaufnahmen. Dieser Ansatz privilegiert jedoch die subjektive Bewertung der jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse und verzichtet – sieht man von vereinzelt, eher systematischen Bemerkungen ab – darauf, die realen Arbeitsverhältnisse einzubeziehen und sie mit den Selbstdarstellungen zu konfrontieren. Durch die zahlreichen subjektiven Stellungnahmen, die in extenso referiert werden, gewinnt die Analyse zwar an Anschaulichkeit, verliert aber an Erklärungskraft. Diese wird überdies dadurch gemindert, daß das Sample nicht als repräsentativ für die französische Arbeiterklasse gelten kann. Denn die Verfasser befragten allein Gewerkschaftler, die sich für eine radikale Veränderung der französischen Gesellschaft einsetzten. Mit dieser Konzentration erfassen sie sicher die Speerspitzen der französischen Arbeiterbewegung, müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob und inwiefern die Lebensgeschichte und die Programme dieser Minderheit Aussagen über andere Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zulassen. Auch bei der Auswahl der Interviewpartner spielten – wie die Verfasser selbstkritisch feststellen – stärker gewisse Zufälligkeiten als die Absicht eine Rolle, einen repräsentativen Querschnitt zu untersuchen. So entspricht etwa die Befragung von 91 Technikern und 73 Ingenieuren, aber nur von 111 Postarbeitern nicht ihrer nationalen Bedeutung, und auch die Interviews von 126 CFDT-Mitgliedern (125 gehörten der CGT, 13 der CGT-Fc und 11 der CGC an) werten diese Gewerkschaft gegenüber der in Frankreich zahlen-